

Großdemos in Düsseldorf und Dresden

Endspurt mit klarer Botschaft: Bewegung jetzt!



dbb Chef Ulrich Silberbach bei der Großdemo in Düsseldorf am 5. Dezember 2023

Kurz vor der dritten Runde der Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die vom 7. bis 9. Dezember 2023 in Potsdam stattfindet, erreichten die Warnstreiks ihren Höhepunkt. In Düsseldorf und Dresden fanden zwei Großdemos statt, an denen sich Tausende Kolleginnen und Kollegen aus den dbb Mitgliedsgewerkschaften beteiligt haben. Die Botschaft an die Arbeitgeber war klar: Jetzt muss endlich Bewegung in die Verhandlungen kommen.

Düsseldorf

Am 5. Dezember 2023 kam es im öffentlichen Dienst landesweit zu Arbeitsniederlegungen. Alleine in Düsseldorf beteiligten sich 15.000 Beschäftigte an Demonstrationen und einer zentralen Kundgebung vor dem Landtag, um ihre Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro höheren Einkommen im Monat zu bekräftigen. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sagte dort: „Der öffentliche Dienst ist elementar für unser Land. Keinesfalls darf er weiter auf Verschleiß gefahren werden. Das bedeutet: Wir brauchen echte Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen – auch bei den Einkommen. Wir brauchen echte Bemühung um Nachwuchskräfte – auch durch garantierte Übernahme nach der Ausbildung. Kurzum: Wir brauchen Länderchefs, die ihrer Verantwortung und ihrer Fürsorgepflicht gerecht werden. Nicht nur bei den Tarifverhandlungen in Potsdam, sondern auch bei der Übertragung des Ergebnisses auf Besoldung und

dbb:
wir.
für euch.

10,5%
500 Euro
mindestens



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf

Versorgung. Sonst werden wir nicht nur zu wenig Leute bekommen, sondern die vorhandenen werden weglauen – das kann niemand wollen.“

Der Vorsitzende des dbb Landesbundes in NRW, Roland Stauder, verwies auf die harte Konkurrenz, mit der sich die Länder bei der Personalgewinnung messen müssen: „Der Landesdienst hinkt bei den Einkommen nicht nur der Privatwirtschaft hinterher, sondern innerhalb des öffentlichen Dienstes auch Bund und Kommunen. Alleine in NRW sind bereits etwa 26.000 Stellen in der Daseinsfürsorge unbesetzt. So ist kein Staat zu machen. Wir brauchen einen ordentlichen Tarifabschluss, um nicht abgehängt zu werden – der natürlich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen werden muss. Darüber hinaus brauchen wir für den öffentlichen Dienst in NRW eine echte Attraktivitätsoffensive: Von A wie Arbeitszeit bis Z wie Zulagen muss alles auf den Tisch, damit der Staat auch im Dauer-Krisenmodus handlungsfähig bleibt. Die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen immer weiter zu erhöhen und sie gleichzeitig auch noch mit den enormen Preissteigerungen der letzten Zeit alleine zu lassen, mag für die Länderchefs eine Option sein – das werden wir aber nicht zulassen.“



Dresden

Einen Tag vor Beginn der dritten Verhandlungsrunde forderten zahlreiche sächsische Landesbeschäftigte von ihrer Landesregierung lautstark ein Ende der Verweigerungshaltung.



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden

„Die Landespolitik muss als Arbeitgeberin jetzt ein sehr gutes Angebot machen. Sie ist am Zug und muss liefern!“, rief dbb Tarifchef Volker Geyer den gut 4.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der zentralen Kundgebung vor dem sächsischen Finanzministerium zu. „Weil der, der Leistung fordert, auch Respekt zeigen muss! Und zwar in einer Form, die auch in den Geldbeuteln der Kolleginnen und Kollegen ankommt“, sagte Geyer weiter.

Nannette Seidler, Vorsitzende des SBB – Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, ergänzte: „Wenn im öffentlichen Dienst über eine halbe Million Stellen unbesetzt sind, gehen die Menschen dorthin, wo sie die besten Bedingungen vorfinden. Nur wer die bietet, wird auf Dauer gute Leute haben.“ Es müsse außerdem klar sein, dass der angestrebte Tarifabschluss auf die Beamten übertragen werde, betonte Seidel. Und zwar ohne Abstriche oder Verzögerungen, sondern unter uneingeschränkter Beachtung der Verfassung.

Auch René Michel, stellvertretender Landesvorsitzender des Sächsischen Lehrerverbands im VBE (SLV) und Vorstandsmitglied des Jungen SLV, zeigte sich in seiner Rede vor dem Finanzministerium kämpferisch und ergriff Partei für die Kolleginnen und Kollegen und den Berufsnachwuchs: „Lehrkräfte kämpfen täglich für Bildung trotz Überanstrengung, hohem Krankenstand und massivem Unterrichtsausfall. Der Fachkräftemangel wird zur Alltäglichkeit. Kolleginnen und Kollegen verdienen Anerkennung und Entlastung. Unser Beruf ist schön, aber die

10,5%
500 Euro
mindestens



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden

-  **DBB NRW**
Beamtenbund
und Tarifunion
-  **SBB**
Beamtenbund
und Tarifunion
Sachsen
-  **dbb**
beamtenbund
und tarifunion



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden

Rahmenbedingungen sind inakzeptabel. Wir kämpfen weiter für eine bessere Zukunft und mehr Investitionen in die Bildung!“

Dem Aufruf von dbb und SBB zum Warnstreik waren zahlreiche Landesbeschäftigte gefolgt und hatten sich auf dem Dresdner Carolaplatz vor dem sächsischen Finanzministerium versammelt. So beteiligten sich neben Lehrerinnen und Lehrern etwa auch die Bühnenarbeiter des Früh- wie des Abenddienstes der Dresdner Semperoper und zahlreiche weitere Berufsgruppen aus der Landesverwaltung in Sachsen an der Aktion. Sie alle wollten nochmals ihre gerechtfertigten Forderungen nach 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro mehr Einkommen, mit einer Laufzeit von zwölf Monaten bekräftigen.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Sonderseite unter: www.dbb.de/einkommensrunde



Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,3 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der **dbb beamtenbund und tarifunion** weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



Bestellung weiterer Informationen

Name*

Vorname*

Straße*

PLZ/Ort*

Dienststelle/Betrieb*

Beruf

Beschäftigt als*:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.

Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.

Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 40 81 - 40, Telefax: 030. 40 81 - 49 99, E-Mail: post@dbb.de. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter derselben Anschrift oder unter: E-Mail: datenschutz@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dbb.de/datenschutz.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 4081-5400, Fax: 030. 4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de